

# Volkszeitung

Zentralorgan der Deutschen Sozialistischen Arbeitspartei Polens

**Volkswille**  
für Oberschlesien

Schriftleitung und Geschäftsstellen:  
**Łódź, Piotrkowska 109**  
Telephon 136-90 — Postkassenkonto 600-844  
Włocławek, Plebiscytowa 35; Bielsk, Republikanska 4, Tel. 1294

**Volksstimme**  
Bielsk-Biala u. Umgebung

## Eröffnung des USA-Parlaments

### Roosevelt wird in seiner Botschaft die USA-Aufrüstung verlangen

Washington, 3. Januar. Das Bundesparlament der Vereinigten Staaten von Nordamerika trat am Dienstag zur formellen Eröffnung seiner diesjährigen Tagung zusammen. Wie üblich dauerte die Eröffnungssitzung nur kurze Zeit und war mit der Bildung von Ausschüssen ausgefüllt, sowie der Mitteilung an den Präsidenten Roosevelt, daß der Kongreß zusammengetreten und bereit sei, seine Botschaft entgegenzunehmen.

In seiner Botschaft an den Kongreß wird Präsident Roosevelt, wie verlautet, auf die Notwendigkeit der Aufrüstung der USA hinweisen und diese mit der ständig wachsenden Spannung zwischen den demokratischen Staaten und den Diktaturstaaten und mit den kriegerischen Aktionen Japans im Fernen Osten begründen. Insbesondere wird Präsident Roosevelt den Ausbau der amerikanischen Luftstreitkräfte zu einem Stand fordern, der USA ein Übergewicht über jeden anderen Staat verschafft, und ferner den vollen Ausbau der Luftabwehrarmee, um die Erhöhung der Landverlangen.

Die Tagung des Bundeskongresses wird daher im Zeichen der USA-Aufrüstung stehen. Mit dieser Gelegenheit wird wahrscheinlich auch die Außenpolitik

und das „Neutralitätsgesetz“ in die Aussprache einbezogen werden.

Beim Zusammentritt des Bundeskongresses ging beiden Kongreßhäusern ein wichtiger Ausschußbericht zu. Der Senatsausschuß, der die Ausgaben für die Wahlkampagne untersuchte, erklärte in seinem Bericht an den Bundes Senat, daß in verschiedenen Bundesstaaten Notbehelfsgelder für politische Zwecke verwendet worden seien. Der Bericht enthält zwar keine besondere Kritik an dem bisherigen Leiter des Bundesbüros für produktive Arbeitslosenfürsorge Harry Hopkins, der kürzlich zum Handelsminister ernannt wurde, verlangt aber gesetzgeberische Maßnahmen gegen dieser Art Praktiken.

Vor Eröffnung des neuen Kongresses gab der wiedergewählte demokratische Bundesabgeordnete Smith aus Südkarolina bekannt, daß er in den nächsten Tagen als Vorsitzender des Agrarschusses des Senats eine neue Farmhilfsvorlage einbringen werde, die eine Revision des entsprechenden Regierungsprogramms unter besondere Berücksichtigung von Baumwolle und Tabak bringen werde.

Der Abgeordnete Joseph Wadsworth aus Massachusetts, der neue Führer der verstärkten republikanischen Minderheit im Abgeordnetenhaus, erklärte, daß das Hauptziel der Republikaner sich auf die Schaffung dauernder Arbeit für die 10 Millionen Arbeitslosen in den Vereinigten Staaten richte.

## Emile Vandervelde

Zum Tode Vanderveldes schreibt „Der Sozialistische Kampf“:

Mit Emile Vandervelde, den alle belgischen Arbeiter familiär den „Patron“ nannten, verschwindet eine der wenigen großen Gestalten der Vorkriegsinternationale, die heute noch in der Arbeiterbewegung wirken. Er war einer der Schöpfer und Bildner der großen belgischen Arbeiterpartei; er hatte neben Jaures und Victor Adler, neben Lenin und Rosa Luxemburg gekämpft; er ist mehrmals Minister gewesen und immer ein wahrer Sozialist geblieben. Er war ein mächtvoller Redner und ein vor trefflicher Schriftsteller, aber in erster Linie ein großer Politiker. Als solcher hat er der Arbeiterklasse in den 74 Jahren seines Lebens, in den 56 Jahren seiner Parteitätigkeit unschätzbare Dienste geleistet. Als solcher hat er zeitweilige Fehler begangen, wie jeder schaffende Mensch; aber niemals hat der Staatsmann in ihm den Kämpfer verdrängt. Er war Sozialist auch als Außenminister, als er sich in Locarno weigerte, Mussolini die Hand zu reichen. Er war es so tief, daß er zu den Wenigen gehörte, die im Alter nicht gemäßigter werden, sondern eher revolutionärer: seine Reden und Schriften aus der letzten Zeit, insbesondere sein leidenschaftliches Eintreten für das kämpfende Spanien beweisen es. Er leitete die Erweiterung der Klassenfronte zum heutigen Weltkrieg der „Ideologien“; und er erklärte wiederholt, daß Regierungskoalitionen vorübergehen müssen, aber die Klassenfronten bleiben und jeden Einzelnen zur Entscheidung zwingen. Für ihn stand diese Entscheidung fest und er wußte auch, daß seine belgischen Arbeiter nicht wanken würden; umso tiefer traf ihn in der jüngsten Zeit das Schwanken seiner Partei. Er selbst war zuletzt, bei unerminderter geistiger Kraft, von Schwerhörigkeit und Schwäche geplagt; aber diese seine eigenen Gebrechen waren ihm nicht so schmerzhaft wie die Gebrechen seiner Partei, die zutage traten, als nach den alten Rebellen die jungen Staatsmänner Minister wurden, die ihre Rebellenzeit viel rascher und gründlicher vergaßen als er... Möge die Liebe, die ihm die belgischen Arbeiter stets bewahrt haben, möge die Dankbarkeit, die ihm Partei und Internationale schulden — nicht zuletzt auch wir österreichischen Sozialisten, denen er stets ein warmer Freund und seit 1934 ein treuer Helfer war — mögen sie als Ehrenmal und dauerndes Erbe die Erinnerung aufrichten, die gegen jede Verirrung des „nationalen Sozialismus“ zeugt: hier war ein Mann, der eine große nationale Gestalt war und zugleich ein großer Internationaler.

## Nazistische Rache gegen Kritiker

### Chem. Danziger Senatspräsident Raushning der Bürgererschaft für verlustig erklärt

Danzig, 3. Januar. Durch Beschluß des Danziger Senats wurde dem ehemaligen Präsidenten des Danziger Senats, Dr. Hermann Raushning, die Danziger Bürgererschaft abgesprochen.

Dieser Beschluß gegen den ersten „nationalsozialistischen“ Danziger Senatspräsidenten ist wegen der von Raushning geübten Kritik des „Nationalsozialismus“ erfolgt, die letzters einen so sprechenden Ausdruck in Raushnings Buch „Die Revolution des Nihilismus“ fand.

Tag aufhalten wird, nach Berlin zu einem Privatbesuch des Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht, wo er bei der Laufe dessen Entlassung zugegen sein wird. Beide Bankpräsidenten begeben sich dann gemeinsam zur ordentlichen Sitzung der Verwaltung der Bank für internationale Zahlungen. Nach Annahme der englischen Blätter wird der Gouverneur der Bank von England in Berlin Gelegenheit haben, mit führenden Persönlichkeiten zusammenzukommen.

### Sie wollen nicht „heim“

Mückkehr-Anordnung nach Deutschland für tausende Dienstmädchen.

Aus Amsterdam wird berichtet: Sämtliche 25 000 deutschen Dienstmädchen in Holland haben von den deutschen Behörden den Befehl erhalten, bis zum 2. Februar 1939 nach Deutschland zurückzukehren, wo sie in der Kriegsindustrie usw. arbeiten sollen. Der Befehl, der von den deutschen Konsulaten ausging, hat wie eine Bombe eingeschlagen und unter den Mädchen eine große Panik hervorgerufen. Anfänglich wurde mitgeteilt, daß von einem Zwang keine Rede sei, es sei nur eine Bitte... Als die Mädchen sich aber auf dem Konsulat meldeten, ließ man ihnen nur die Wahl, zurück nach Deutschland oder Einziehung der Pässe. Am 2. Februar sollen einige Extrazüge bereitgestellt werden, um die Mädchen unter Begleitung der deutschen Behörden nach Deutschland zurückzubringen. Trotzdem haben sich zahlreiche Mädchen geweigert, ihre Dienstmädchenstellen zu verlassen. Hunderte melden sich beim Standesamt und versuchen, durch Heirat die niederländische Nationalität zu erwerben.

### Der Gouverneur der Bank von England beim Reichsbankpräsidenten zum Privatbesuch.

London, 3. Januar. Laut Pressmeldung begibt der Gouverneur der Bank von England, Montague Norman, morgen über Amsterdam, wo er sich ein

### Neuwahlen in der Tschechoslowakei

Aber erst nach 6 Monaten.

Prag, 3. Januar. In hiesigen politischen Kreisen rechnet man damit, daß in Kürze das gegenwärtige Parlament aufgelöst werden wird. Die Neuwahlen werden im Laufe von 6 Monaten erfolgen. Die Regierungsteile bereiten bereits eine neue Wahlordnung vor, die auf Grund der Regierungsermächtigungen auf dem Verordnungswege erlassen werden wird.

### Beneš und Jan Masaryk fahren nach USA

Aus London wird berichtet, daß der ehemalige tschechische Gesandte in London Jan Masaryk London verlassen hat, um sich nach den Vereinigten Staaten von Nordamerika zu einer drei Monate langen Vortragsreise zu begeben. Nach der Rückkehr aus Amerika wird Masaryk in London seinen Wohnsitz nehmen, seine tschechische Staatsangehörigkeit jedoch behalten.

Der ehemalige tschechoslowakische Staatspräsident Dr. Beneš, der seit zwei Monaten in England weilte, fährt im Februar 1939 ebenfalls nach den Vereinigten Staaten. Beneš wird ständig in Chicago wohnen, wo er zum Professor des internationalen Rechts bei der dortigen Universität ernannt worden ist.

### Um Cianos Besuch in Warschau

Er erfolgt im Februar.

Rom, 3. Januar. Der polnische Vorkämpfer Wieniawa-Dlugoszowski hatte Dienstagabend eine Unterredung mit dem italienischen Außenminister Graf Ciano. Im Laufe des Gesprächs wurde vereinbart, daß der Besuch des italienischen Außenministers in Warschau in der zweiten Hälfte des Februar erfolgen wird.

### Ratifizierung eines deutsch-französischen Abkommens

Paris, 3. Januar. Der Senat hat am 1. Januar das deutsch-französische Abkommen zur Vermeidung von Doppelbesteuerung vom 9. November 1934 sowie das Zusatzprotokoll vom 9. Januar 1937 angenommen. Das Abkommen soll in den nächsten Tagen durch die Veröffentlichung im amtlichen Gesetzblatt in Kraft treten.

### Verbot der ukrainischen Sprache in Ungarn

Nach polnischen Meldungen aus Budapest sollen die ungarischen Behörden ein Verbot erlassen haben, sich auf den Gebieten, die auf Grund des Wiener Abkommens Ungarn zugefallen sind, der ukrainischen Sprache zu bedienen. Diese Maßnahme wurde, wie der „Ilustrowany Kurjer Codzienny“ zu wissen glaubt, deswegen getroffen, „um die in diesen Gebieten von ukrainischen Agenten betriebene Propaganda im Keime zu ersticken“.









